Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

Beilagen zur 11. Sitzung (03.12.1925)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

№ 60a.

Beilage zur Niederschrift über die 24. Sitzung vom 17. März 1926.

Antrag

zu dem mündlichen Bericht des Haushaltsausschusses
über

1. **das Gesuch des Präsidiums des Badischen Kriegerbundes, Unterstützung der Altveteranen,**
2. den **Antrag der Abg. Bauer u. Gen., Bewilligung einer Winterbeihilfe an die in Baden lebenden Altveteranen der Kriege 1864, 1866 und 1870/71** (Drucks. Nr. 60),
3. die **Gesuche**
   a) der Frau Schick Wwe. in Heidelberg,
   b) des Amtsdieners Brunner in Überlingen,
   c) der Frau E. Trippmacher in Ladenburg,

Unterstützung der Altveteranen und ihrer Witwen.

Berichterstatter Abg. D. Mayer-Karlsruhe.

Der Haushaltsausschuß beantragt, der Landtag wolle

I. beschließen,
das Gesuch des Präsidiums des Badischen Kriegerbundes vom 2. Dezember 1925 der Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß sie alsbald bei der Reichsregierung
   1. auf eine dem gesunkenen Geldwert und der veränderten Wirtschaftslage entsprechende Erhöhung der den bedürftigen Altveteranen bewilligten Kriegsteilnehmerbeihilfe,
   2. auf die Belassung dieser Beihilfe an die Witwen dieser Kriegsteilnehmer

hinwirkt;

II. den obigen Antrag der Abg. Bauer u. Gen. (Drucks. Nr. 60) und die obigen Gesuche unter Ziff. 3 für erledigt erklären.

Karlsruhe, den 14. Februar 1926.

Der stellv. Vorsitzende: Dr. Glockner.

Der Berichterstatter: D. Mayer.

№ 61.

Beilage zur Niederschrift über die 11. Sitzung vom 3. Dezember 1925.

Antrag.

Wechselverbindlichkeiten der Landwirtschaft.

Der Landtag wolle beschließen,

die Regierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß weitere Maßnahmen getroffen werden, um die von der Landwirtschaft eingegangenen Wechselverbindlichkeiten, die deren Existenz bedrohen, weil sie nicht zurückbezahlt werden können, in langfristige Amortisationskredite umzuwandeln. Dabei soll vor allem angestrebt werden, daß ein Teil der Überschüsse der öffentlichen Verwaltungen (Eisenbahn, Post, Reichs- und Landesversicherungsanstalten) sowie der privaten Sparanlagen dem landwirtschaftlichen Realkredit zugeführt wird.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1925.

Dr. Mattes. Bauer. Brixner. Haas. Obkirch. Wilser.